



Der neue PMMR-Bericht wurde bei der Konferenz der Landespolizeidirektorin und -direktoren präsentiert.



Mitglieder des „Zivilgesellschaftlichen Dialoggremiums“: Diskussion über aktuelle menschenrechtlich relevante Anliegen.

## Wirkungsvoll und nachhaltig

**Vertreterinnen und Vertreter von NGOs und des BMI erarbeiten Empfehlungen für die Arbeit der Polizei zum Schutz der Menschenrechte. Über die Arbeit der letzten vier Jahre wurde ein Report veröffentlicht.**

Umgang mit Misshandlungsvorfällen“, „Zivilgesellschaftliche Partizipation am Pilotprojekt Bodycams für die Polizei“, „Mentoring“ oder „Menschenrechte für Polizistinnen und Polizisten“: das sind einige der Themen, die im Rahmen von POLIZEI.MACHT.MENSCHEN.RECHTE (PMMR) seit seiner dauerhaften Einrichtung 2016 bearbeitet wurden und sich in dem im Oktober 2019 präsentierten Bericht finden. Zuvor waren in einer mehrjährigen Projektphase wichtige Grundlagen dafür geschaffen worden.

**Zivilgesellschaftliches Dialoggremium.** Gespeist wird PMMR auf Bundesebene durch das „Zivilgesellschaftliche Dialoggremium (ZDG)“, bei dem sich rund 30 Vertreterinnen und Vertreter von NGOs und BMI dreimal jährlich treffen und über aktuelle menschenrechtlich relevante Anliegen diskutieren. Mit dabei sind unter anderem *Amnesty International*, *Behindertenrat*, *Caritas*, *Weißer Ring*, *Homosexuelle Initiative*, *Neustart*, *UNHCR* und *Queer Base*. In den Bundesländern sind „Regionale Dialogforen (RDF)“ eingerichtet, die auch mit der Initiative „Gemeinsam.Sicher in Österreich“ vernetzt sind. In die RDFs wurden bereits rund zwanzig menschenrechtlich relevante Themenvorschläge eingebracht, darunter „Racial, Ethnic und Social Profiling“ (Wien), die „Verdrängung bestimmter

Personen aus dem öffentlichen Raum“ (Tirol) oder „Sicherung der Menschenrechte im Zusammenhang mit Multikulturalität und -religiosität in Bildungseinrichtungen“ (Steiermark).

In der 13. Sitzung des Zivilgesellschaftlichen Dialoggremiums (ZDG) am 16. Oktober 2019 wurden mit dem stellvertretenden Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit, General Franz Lang, aktuelle Anliegen diskutiert und Weichen für die Zukunft des ZDG gestellt. In der Diskussionsrunde wurden von NGO-Vertreterinnen und -Vertretern der „Umgang der Polizei mit nicht angemeldeten Demonstrationen“, „Sicherheit für die muslimische Community durch Austausch mit der Polizei“ und „Gewaltpräventionszentren – Wunsch der Beteiligung von Opfereinrichtungen bei der Umsetzung“ angesprochen. Inhalt der 13. ZDG-Sitzung war auch die Reflexion der gemeinsamen Arbeit der letzten vier Jahre seit



Workshop des „Zivilgesellschaftlichen Dialoggremiums“ im Innenministerium.

Überführung von PMMR in die Linienorganisation (Referat Struktur- und Personalentwicklung, II/1/a). Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer hoben in den Kleingruppendiskussionen vor allem den wertschätzenden Umgang im ZDG hervor und die Möglichkeit, Argumente offen äußern sowie unterschiedliche Perspektiven erörtern zu können. Der Wunsch der NGOs für die Zukunft: Noch größere Transparenz in Bezug auf die Umsetzung von Empfehlungen, die sie gemeinsam mit Verantwortlichen der Linienorganisation des BMI in Fachzirkeln entwickelt haben.

**Ziel der Arbeit** in den PMMR-Gremien ist es, zu herausfordernden Themen konkrete und umsetzbare Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Damit das gelingen kann, wurden im BMI Regeln der Zusammenarbeit mit einem nachvollziehbaren, erwartbaren und einforderbaren Partizipationsprozess entwickelt. Durch die Zusammensetzung von Fachzirkeln aus Zuständigen der Polizei und NGOs mit Berührungspunkten zum jeweiligen Thema können zum einen praxisnahe Vorschläge entwickelt werden. Zum anderen ermöglicht der differenzierte Austausch eine bessere Nachvollziehbarkeit von Vorgehensweisen und damit eine neue Qualität des gegenseitigen Respekts und Vertrauens. „Durch die differenzierte Auseinandersetzung mit unterschiedlichen fachlichen Perspektiven haben

PMMR-Fachzirkel schon zu besseren Ergebnissen geführt, als dies aus rein polizeilicher Perspektive heraus möglich gewesen wäre. Manchmal gibt es auch Konsens im Dissens, doch mit mehr Wissen und somit Akzeptanz als davor.

POLIZEI.MACHT.MENSCHEN.RECHTE arbeitet leise, aber wirkungsvoll und nachhaltig“, sagt General Reinhard Schnakl, Gruppenleiter für Organisation, Dienstbetrieb und Einsatz in der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit (II/A).

Auch NGO-Vertreterinnen und -Vertreter erleben die Arbeit bei PMMR als bereichernd: „Der Dialog ermöglicht eine offene und produktive Diskussion, die das gegenseitige Verständnis fördert und das eigene Rollenbild hinterfragen lässt. Die Fachzirkel bieten die Möglichkeit, nachhaltige Verbesserungsmöglichkeiten im menschenrechtlichen Bereich praxisnah zu erarbeiten. Beides sind wichtige Instrumente in Richtung mehr Menschenrechtsschutz für alle“, sagt Mag.<sup>a</sup> Angela Brandstätter, Caritas Österreich.

**POLIZEI.MACHT.MENSCHEN.RECHTE“ (PMMR)** wurde 2008 als Projekt der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit im Bundesministerium für Inneres ins Leben gerufen. Die Initiative dazu war vom damaligen Menschenrechtsbeirat im BMI ausgegangen. Ziel war es, damit zur professionellen Verwirklichung der Menschenrechte als Kernaufgabe der Polizei beizutragen. In einem fachlichen Diskurs zwischen Angehörigen des BMI sowie Expertinnen und Experten der Zivilgesellschaft wurden „Orientierungssätze eines menschenrechtlich fundierten Berufsbildes der Polizei“ als wesentliche Grundlage der weiteren Arbeit entwickelt. Die „Orientierungssätze“, die Grundsätze und Ziele von PMMR, die Arbeitsstruktur und Arbeitsweise sowie die Ergebnisse aus der gemeinsamen Arbeit finden sich im PMMR-Report.



#### **Der PMMR-Report**

ist über die Homepage des BMI (Bereich Rechtsstaat und Menschenrechte) abrufbar oder kann als gedruckte Version beim Referat für Struktur- und

Personalentwicklung (II/1/a) kostenlos angefordert werden: [Polizei.Macht.-Menschen.Rechte@bmi.gv.at](mailto:Polizei.Macht.-Menschen.Rechte@bmi.gv.at).